

15. Bezirk – Rudolfsheim-Fünfhaus

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2023



Wien, am 15.02.2023

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Bezirksvertretungssitzung am **23.02.2023** nachstehenden Antrag:

Abänderung Zusatztafel Moshe Jahoda Platz

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Dienststellen des Magistrats der Stadt Wien zu veranlassen, dass der Text der bestehenden Zusatztafel am Moshe Jahoda Platz („Moshe (Hans) Jahoda (1926-2016). Beamter. Diplomat. Zeitzeuge“) durch folgenden Textvorschlag abgeändert wird:

„Moshe (Hans) Jahoda (1926 - 2016). Kind des Grätzels, aufgewachsen im jüdischen Dreieck Turnertempel, Storchenschul und Herklotzgasse 21. Einziger Holocaust-Überlebender seiner Familie. Zeitzeuge, Wiener, Israeli, Offizier, Weltbürger, Mensch und als Diplomat Zeit seines Lebens Kämpfer für Gerechtigkeit.“

Begründung

Der Text der aktuellen Zusatztafel charakterisiert den Menschen und die historische Persönlichkeit Moshe Jahoda nur unzureichend. Um dies zu ändern wurde in Zusammenarbeit zwischen der Initiative Herklotzgasse 21, der Familie sowie Freunden Moshe Jahodas der zuvor genannte Textvorschlag erarbeitet. Er soll einerseits dazu dienen die Person Moshe Jahoda besser zu beschreiben, aber andererseits soll auch seine bezirkshistorische Relevanz stärker verdeutlicht werden.

Catherina Schneider

(Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus)



Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen der Sozialdemokratischen Fraktion Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **23. Februar 2023** nachstehende

R e s o l u t i o n

Betrifft: Mieten muss für alle leistbar sein!

Die Mandatarinnen und Mandatare der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus sprechen sich dafür aus, dass auf allen Ebenen die Bedeutung von leistbarem Wohnen für alle Menschen betont wird und die Bevölkerung u.a. in Rudolfsheim-Fünfhaus unterstützt wird, damit die enormen Wohnkosten nicht noch mehr steigen.

Begründung:

Rudolfsheim-Fünfhaus gehört zu den einkommensschwächsten Bezirken in Österreich. Die Teuerung hat ein Rekordniveau erreicht. Laut Fiskalrat können in Österreich mehr als 2,5 Millionen Menschen ihre täglichen Ausgaben nicht mehr mit ihrem Einkommen bestreiten. Neben den hohen Kosten des normalen Lebens, wird auch Wohnen in Österreich immer mehr zum Luxus und die Zahlungsprobleme der Bevölkerung nehmen zu.

Die Mietpreise sind in den letzten Jahren immens gestiegen. Mit der geplanten Anhebung der Kategorie- und Richtwertmieten im April 2023 werden die Mieten erneut um ca. 8,6% steigen. Das ist nach der bereits stattgefundenen Erhöhung im Vorjahr (6%) eine enorme Erhöhung. Für Mieter:innen bedeutet das durchschnittliche Mehrkosten von rund 490 Euro (bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 65 Quadratmetern) im Jahr. Dabei wird bereits jetzt jeder 5. Euro (also rund 20%) der Haushaltsausgaben für die Wohnungsmiete aufgewendet. Haushalte mit kleineren Einkommen geben sogar 30% bis 40% ihres Einkommens für Mietzahlungen aus. Auf der gegenüberliegenden Seite haben sich die Mieteinnahmen in der Immobilienwirtschaft seit dem Jahr 2008 verdoppelt (von 1,9 Mrd. € auf 4 Mrd. € im Jahr 2021). Es ist daher höchste Zeit, zumindest dem Mietanstiegsautomatismus ein Ende zu setzen.

In Wien liegt die Mietquote von Hauptwohnsitzwohnungen bei knapp 80%. Daher sind die Bewohner:innen aus Rudolfsheim-Fünfhaus von Mieterhöhungen stark betroffen. Die Zahl der Personen in existenzieller Notlage wird daher auch im Bezirk dramatisch ansteigen. Politische Lösungen sind dringend gefragt.

Anstatt schnell zu handeln, die Mieterhöhungen auszusetzen und sämtliche Maßnahmen zur Grundrechtssicherung zu ergreifen, macht die Bundesregierung nichts. Zusätzlich lässt auch die im Türkis- Grünen Regierungsprogramm festgelegte Umsetzung eines Universalmietrechts im Rahmen einer längst überfälligen Mietrechtsreform weiterhin auf sich warten. Die Menschen in Österreich haben diese Zeit aber nicht!

Verena Schweiger
Klubobfrau



Wien, am 17.02.2023

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Ffhaus stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag **Klimaveranstaltungen**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Ffhaus spricht sich für mehr Information der BürgerInnen in Rudolfsheim-Ffhaus zum Thema Klimaschutz und Energiesparmaßnahmen aus.

Begründung

Wie kann ich am besten Strom sparen? Welche Maßnahmen kann jede/r Einzelne ergreifen, um zum Klimaschutz beizutragen? Wie treffe ich gute Entscheidungen in Bezug auf Klima und Energie beim Kauf eines Elektrogerätes? Klimaschutz und ein sorgsamer Umgang mit Energie sind wichtige Fragen der Zukunft. Ein Beispiel wären lokale Veranstaltungen mit ExpertInnen, bei denen die BürgerInnen informiert werden, wie man zum Klimaschutz beitragen kann bzw. welche Möglichkeiten es gibt, Energie zu sparen. Eine verstärkte Vernetzung der Zivilgesellschaft mit ExpertInnen würde zu einem positiven Austausch im Bezirk und zur Verbesserung der Umwelt beitragen.

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit begründet sich durch:

Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt (Mitwirkungsrecht der BezirksvorsteherInnen § 103h WstV)

Aktionen zur Information der Bezirksbevölkerung (Mitwirkungsrecht der Bezirksvertretungen § 103g WstV)

Maximilian Hammel



Wien, am 17.02.2023

Das unterfertigte Mitglied der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Ffham stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 23.02.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag **Transparenzoffensive**

Die Bezirksvertretung spricht sich für mehr Transparenz über die Arbeit der BezirksvertreterInnen aus.

Begründung

Das Image von Politik hat in den letzten Jahren sehr gelitten. Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit wachsen stetig, nicht nur auf lokaler politischer Ebene. BezirksvertreterInnen sind am engsten mit der Bevölkerung verbunden. Wir arbeiten für und mit unseren Nachbarn. Die Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, zu wissen, was ihre VertreterInnen im Bezirk gemacht haben, und zwar auf einer neutralen Plattform. Ein Beispiel für mehr Transparenz wären zum Beispiel Tätigkeitsberichte der BezirksvertreterInnen auf einer neutralen Webseite.

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit begründet sich durch § 103g WstV:

Mitwirkungsrecht der Bezirksvertretung bei Aktionen zur Information der Bezirksbevölkerung.

Maximilian Hammel

**Klub der Freiheitlichen Bezirksräte
Wien - Rudolfsheim-Fünfhaus**

**An die
Bezirksvorstehung
Rudolfsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien**

Betrifft: Resolutionsantrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 23.02.2023
bezüglich **Sorgsamerer Umgang mit Bäumen im 15. Bezirk**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für einen sorgsameren Umgang mit Bäumen im 15. Bezirk aus.

BEGRÜNDUNG

Die MA 42 teilte mit, dass mehrere Bäume im Auer-Welsbach-Park gefällt werden müssten. Betroffen sind alleine 19 Bäume, deren Stamm einen Durchmesser von mehr als 1 m hat.

Der MA 42 eilt der Ruf voraus, äußerst vorschnell Bäume zu fällen. Ende der 1990er-Jahre hätte die gesamte Markgraf-Rüdiger-Allee gerodet werden sollen. Ein engagierter Anrainer namens Ing. Friedrich Veleba sammelte im Nibelungenviertel 2000 Unterschriften und organisierte einen Boku-Professor, der nur bei zwei Bäumen eine Erkrankung konstatierte. Ohne diesen beherzten Widerstand wäre die Markgraf-Rüdiger-Straße heute eine kahle Meile.

Es wäre wohl angebracht, dass vor dem Beginn der geplanten Fällungen im Auer-Welsbach-Park die betroffenen Bäume zusätzlich von einer unabhängigen Person oder Institution mit erforderlicher Fachkompetenz begutachtet werden.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

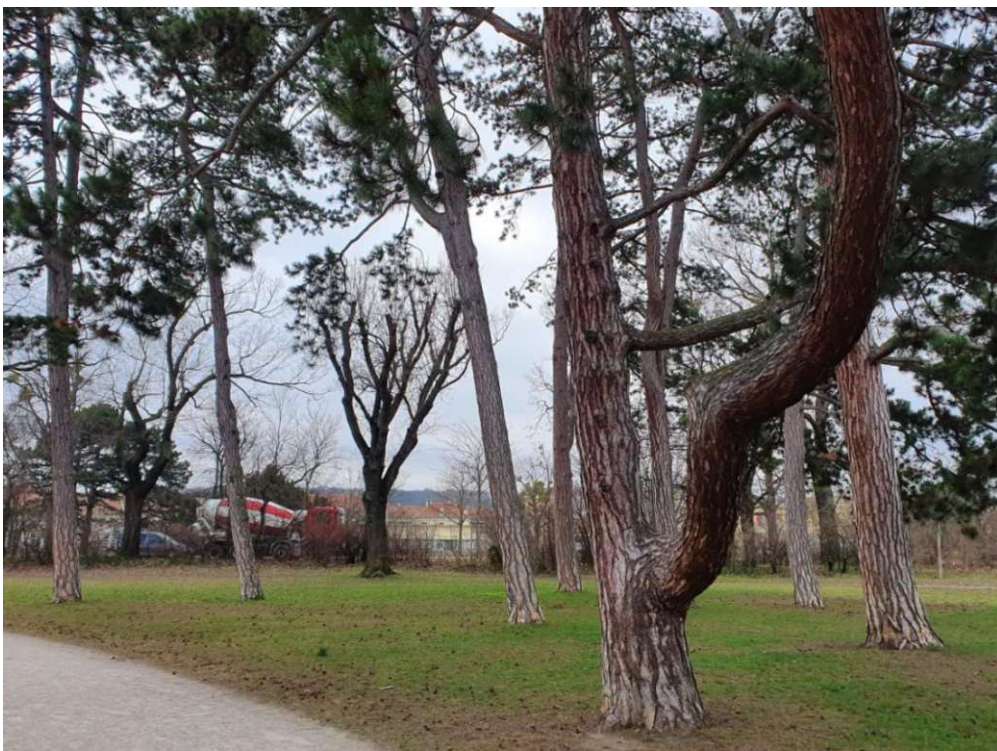
Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Hannes Koger
Bezirksrat

**Klub der Freiheitlichen Bezirksräte
Wien - Rudofsheim-Fünfhaus**



Time to say Good Bye...?





Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 4. Mai 2023 nachstehenden

ANTRAG

Die Bezirksvertretung von Rudolfsheim-Fünfhaus möge zum
Erhalt des Ensembles in der Sperrgasse 2
beschließen:

Die Bezirksvertretung von Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen, sich im Falle des Objekts Mariahilferstraße 160/Sperrgasse 2 bei der zuständigen Stadträtin, Frau Kathrin Gaál, für dessen Erhalt einzusetzen, sich der Beurteilung der Magistratsabteilung 19, das dem Bauwerk die Schutzwürdigkeit bestätigt, anzuschließen und ein unabhängiges Gegengutachten einzufordern, falls der Eigentümer die Abbruchbewilligung aufgrund „wirtschaftlicher Abbruchreife“ erreichen möchte.

BEGRÜNDUNG

Der Antwort des Büros von Frau StRin Gaál auf die Anfrage VIII S-1993327/2022-29 aus der BV-Sitzung vom 29.9.2022 betreffend Abbruchansuchen im 15. Bezirk ist zu entnehmen, dass für das im Antrag genannte Objekt ein noch nicht abgeschlossenes Abbruchansuchen vorliege. Mit dem Antrag soll dazu beigetragen werden, dass die Serie der Vernichtung spätbiedermeierlicher und gründerzeitlicher Bausubstanz, insbesondere jener mit erhaltenswertem, sanierbarem Wohnungsbestand im 15. Bezirk endlich gestoppt wird.

In derselben Beantwortung wird nämlich auch informiert, dass im Fall Sperrgasse 13 (so wie bei den Objekten Rosinagasse 10-14) die MA 19 das „öffentliche Interesse am Erhalt des Gebäudes“ bestätigt und dass trotz der damit bestätigten Schutzwürdigkeit nach Überprüfung durch die MA 25 die Abbruchbewilligung von der MA 37 erteilt wurde. Das Objekt in der Sperrgasse 13 wurde – so wie auch nach dem gleichen Verfahrensablauf kürzlich das Objekt in der Kranzgasse 24 - mittlerweile abgerissen.

An die
Bezirksvorstellung
Rudofsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien

Betrifft: Antrag 4 der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 04.05.2023 bezüglich
Optimierung der Eingangsbereiche Eberthof

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Wiener Wohnen wird ersucht, die Eingangsbereiche des Eberthofes auf Optimierung zu prüfen, insbesondere hinsichtlich der schweren Eingangstüren.

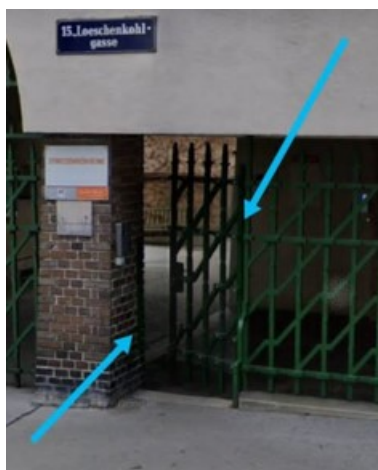
B E G R Ü N D U N G

Der Eberthof ist eine Anlage von Wiener Wohnen mit mehreren Eingangsbereichen (z. B. Loeschenkohl-gasse 13). Die Eingangstore sind aus Schwermetall gefertigt und so ausgerichtet, dass sie nicht offen stehen bleiben, sondern von selbst wieder ins Schloss fallen. Für ältere Menschen - mit oder ohne Rollator - aber auch andere mit Kindern an der Hand oder Kinderwagen sowie Bewohnerinnen und Bewohner mit Einkaufstaschen ist das Betreten der Wohnhausanlage mit Schwierigkeiten verbunden, wie berichtet wird. Eventuell lässt sich eine Lösung beispielsweise in Form von Leichtmetalltüren finden.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Hannes Koger
Bezirksrat



An die
Bezirksvorstellung
Rudofsheim-Fünfhaus
Gassgasse 8-10
1150 Wien

Betrifft: Antrag 5 der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 04.05.2023 bezüglich
**Wiederanbringung der Gedenktafel zur Erinnerung an die Gründung des SK Rapid
und anderer Sportvereine auf der Schmelz nach der Umgestaltung des ASKÖ-
Sportplatzes**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass die bestehende Gedenktafel auf der Schmelz zur Erinnerung an die Gründung des Wiener Traditionsvereins und Österreichischen Fußball- Rekordmeisters SK Rapid Wien, und anderer Sportvereine, nach der Neugestaltung der ASKÖ- Sportanlage, wieder sichtbar angebracht wird, dies auch im Hinblick auf das 125. Gründungsjubiläum am 08.01.1899.

B E G R Ü N D U N G

Am 08.01.1899 wurde der Sportclub Rapid Wien (kurz SCR, ab 1978 Sportklub Rapid) gegründet und trug seine Heimspiele am Anfang auf der Schmelz aus.

Daran wird auf einer Gedenktafel am Zaun des Sportplatzes am westlichen Zaun erinnert (siehe Anlage).

Im Zuge der Neugestaltung der Sportanlage wird wohl auch der desolate Zaun neu errichtet werden.

Daher soll dafür gesorgt werden, dass die Gedenktafel danach wieder gut sichtbar angebracht wird.

Von 1903 an trug der Traditionsverein seine Heimspiele zwischen Wurmsergasse und Selzergasse aus, auf dem berüchtigten schiefen Platz mit einem Höhenunterschied von 2 Metern, ehe ab 1911 die Heimspiele auf der berühmten Pfarrwiese in Hütteldorf ausgetragen wurden.

Die Präsentation der Gedenktafel könnte im Jubiläumsjahr 2024 auch medial begleitet erfolgen, wenn möglich in Kooperation mit Vereinsfunktionären und ehemaligen Fußballspielern des SK Rapid.

Dies würde für positive Schlagzeilen über Rudofsheim-Fünfhaus sorgen.

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

Hannes Koger
Bezirksrat

Anlage:



Wien, am 26.04.2023

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **04.05.2023**

Wohnstraßen- Zusatzschild Umsetzen!

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die MA46 nach mehrheitlicher Zustimmung des Antrages: „Wohnstraßen-Zusatzschild“ vom 24.09.2020, sowie mehrheitlicher Zustimmung des Antrages „Wohnstraßen-Zusatzschild“ vom 04.03.2021, jetzt um die umgehende Aufstellung der Zusatztafel „Durchfahrt verboten, Schrittgeschwindigkeit“ unter die Verkehrszeichen „Wohnstraße“ an folgenden Wohnstraßen-Einfahrten:

Wohnstraßen:

- Wurmsergasse 38
- Markgraf-Rüdiger Strasse 12
- Zinckgasse 23

Begründung

Die Bezirksvertretung hat bereits im Jahr 2020 sowie im Jahr 2021 mehrheitlich für die Anbringung der Zusatztafel „Durchfahrt verboten Schrittgeschwindigkeit“, um hier noch einmal konkret auf das Durchfahrtsverbot und die Schrittgeschwindigkeit in Wohnstraßen aufmerksam zu machen.

Nach der Bitte der MA46 um Spezifizierung der Wohnstraßen, sowie der darauffolgenden Bitte der MA46 um Reduktion der Zusatztafeln auf drei Zusatztafeln für „sinnvolle Einzelfälle“. Bitten wir nun im Sinne des Respekts vor den Bezirksrät:innen im 15. Bezirk um Umsetzung des Begehrens.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 4. Mai 2023 nachstehenden

Resolution

Kinderarmut geht uns alle an!

Kein Kind in Österreich darf in Armut aufwachsen. Jedem Kind und Jugendlichen die besten Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe. Deshalb spricht sich die Bezirksvertretung für eine umfassende und effektive Bekämpfung von Kinderarmut aus.

Begründung:

Laut aktuellen Zahlen sind rund 350.000 Kinder - also jedes fünfte Kind in Österreich - von Armut betroffen gewesen.

Es ist davon auszugehen, dass auch in Rudolfsheim-Fünfhaus die Situation für viele Kinder und Jugendliche eine äußerst schwierige ist.

Am 20. November 2022 wurde das 33-jährige Jubiläum der "UN-Konvention über die Rechte des Kindes" gefeiert. Dieser internationale Vertrag garantiert - theoretisch - allen Mädchen und Buben politische, kulturelle, wirtschaftliche und soziale Rechte und soll vor Diskriminierung, Gewalt und Ausbeutung schützen. Es ist daher höchst an der Zeit, nicht nur die Prinzipien dieser Konvention ernst zu nehmen, sondern auch effektive Maßnahmen gegen Kinderarmut zu setzen.

Quellen und Referenzen: <https://www.jungchar.at/ueber-uns/positionen/kinderarmut>
<https://www.volkshilfe.at/was-wir-tun/positionen-projekte/armut-und-kinderarmut/>

Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 4. Mai 2023 nachstehenden

RESOLUTIONSANTRAG zur Erhaltung alter Wohnbaubsubstanz

Die Bezirksvertretung von Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für eine Novellierung der Wiener Bauordnung aus, um bei Abbruchbewilligungsverfahren einen wirksameren Schutz alter, erhaltenswerter, sanierbarer Wohnbaubsubstanz vor Abriss zu gewähren und zwar vor allem durch:

- Verschärfung der Nachweispflicht der technischen und wirtschaftlichen Abbruchreife
- Aufwertung der von der MA 19 bestätigten Schutzwürdigkeit („öffentliches Interesse am Erhalt des Gebäudes“) gegenüber der Begutachtung durch die MA 25
- Aufwertung der Schutzzone gegenüber der Begutachtung durch die MA 25
- Einbindung der Bezirksvertretung (Bezirksvorstellung, Bauausschuss) in das Bewilligungsverfahren

BEGRÜNDUNG

Die letzte Novellierung der Wiener Bauordnung (2018) hat in Bezug auf den Erhalt erhaltenswerter, sanierbarer Bausubstanz, insbesondere solche mit leistbarem Wohnungsbestand, noch nicht den erwarteten Effekt gehabt. In den letzten Jahren belegen etliche Abrisse im Bezirk, dass die Instrumente zum Schutz des (vor)gründerzeitlichen Gebäudebestands nicht ausreichen. Dies trifft erwiesenermaßen nicht nur, aber auch auf die einschlägigen Regelungen in der Wiener Bauordnung zu, die der Schutzzonenwidmung (MA 21) und der durch die MA 19 bestätigten Schutzwürdigkeit viel zu wenig Gewicht in den Bewilligungsverfahren zubilligt.

Gerade die in der Bezirksvertretung von Rudolfsheim-Fünfhaus in jüngster Zeit intensiv geführten Debatten über die Gebäudeabbrüche in der Mariahilfer Straße 166-168 und in der Kranzgasse 24 haben gezeigt, wie einfach es für den Gebäudeeigentümer war, eine wirtschaftliche Abbruchreife und damit die Abrissbewilligung trotz erwiesener Schutzwürdigkeit zu erreichen. In der Sperrgasse 13 war der Verlauf zum Abriss der gleiche. Dem Gebäudeensemble Rosinagasse 10-14 und Häusern Mariahilfer Straße 160 – zwar mit überwiegend betrieblicher Nutzung - und Sperrgasse 2 droht das gleiche Bestandsende.

Antrag

Gehsteigreinigung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Gehsteigreinigung Nr. 36 in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 gem. §24 GO-BV folgenden Antrag:

Die zuständige Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, dass um 10.000 EUR erhöhte Budget für „Verkehrsflächenreinigung mit privaten Waschmaschinen“ zur nassen Reinigung der Gehsteige unter den Mistkübeln in Rudolfsheim-Fünfhaus zu verwenden.

Begründung:

In den Sommermonaten kommt es zu klebrigen, oft unappetitlichen Verunreinigungen unter den Mistkübeln. Ermangelns ausreichenden Regen muss hier händisch gesäubert werden. Eine entsprechende Dotierung des Bezirksbudget ist gegeben.

BR Peter K. Estfeller
Klubobmann

Wien, am 14.06.2023

Die unterfertigenden Mitglieder der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 22.06.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag **Informationen zu bestehenden „warmen Platzerln“**

Die MA 53 (Presse- und Informationsdienst) und der Bezirksvorsteher werden ersucht, Möglichkeiten zu prüfen, bereits bestehende Angebote und Einrichtungen, die der Bevölkerung des 15. Bezirks insbesondere in den kalten Wintermonaten im Sinne von „Wärmestüberln“ zur Verfügung stehen, stärker zu bewerben bzw. Maßnahmen zu ergreifen, die dazu dienen der Bevölkerung diese Angebote noch vor dem kommenden Winter verstärkt zur Kenntnis zu bringen.

Begründung

Vertreterinnen des Regionalforums haben im Zusammenhang mit Antrag 19 S/1993327/22/4 der BIER-Partei aus der Bezirksvertretungssitzung vom 29.09.2022 betreffend „Ein warmes Platzerl“ im Rahmen der Sitzung der Sozial, Integrations- und Gesundheitskommission am 30. März 2023 die Bezirksrät:innen informiert, dass die bestehenden Einrichtungen und sozialen Angebote, die der Bevölkerung des 15. Bezirks nicht nur als Treffpunkt zum Austausch, sondern in Zeiten horrender Gaspreise immer mehr auch als „Wärmestüberl“ zur Verfügung stehen zwar aus ihrer Sicht ausreichend sind, die Bekanntheit solcher Angebote aber ausbaufähig ist. Vor diesem Hintergrund ist eine stärkere Bewerbung dieser Angebote noch vor dem kommenden Winter geboten. So könnte eine Zusammenstellung der Angebote in Zusammenarbeit mit dem Regionalforum erfolgen und über die Website bzw. Aussendungen des Bezirksvorstehers verteilt werden.

Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Bezirkes ergibt sich aus § 103g WStV:

- Mitwirkung bei Aktionen zur Information der Bezirksbevölkerung. Eine Informationsoffensive über „Wärmestüberl“ und die Zugangsmöglichkeiten dazu ist im Interesse der Bezirksbevölkerung.



Wien, am 16.06.2023

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 04.05.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag
Rote Box

Die amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen, Kathrin Gaál, wird ersucht, das Projekt „Rote Box“ (kostenlose Binden und Tampons) in Rudofsheim-Fünfhaus umzusetzen.

Begründung

Monatshygieneartikel sind zwangsläufig mit monatlichen Kosten verbunden. Für viele Frauen stellen diese Kosten ein Problem dar, weil sie sich die notwendigen Produkte nicht leisten können – sie sind von s.g. „Periodenarmut“ betroffen.

Dieses Thema wird immer noch tabuisiert. Die Ausgabe von kostenlosen Binden und Tampons an ausgewählten Standorten kann dafür sorgen, der Periodenarmut in Rudofsheim-Fünfhaus entgegenzuwirken.

Maximilian Hammel



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 nachstehenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für einen sofortigen Stopp aller Mieterhöhungen aus.

Begründung

Die Wohnkosten explodieren. Im Juli droht der nächste Miet-Preisschub bei den Kategoriemieten. Insgesamt sind die Kategoriemieten dann innerhalb von 15 Monaten fasst um 25 % gestiegen.

Mehr als die Hälfte aller privaten Mietwohnungen unterliegt dem Mietrechtsgesetz nur zum Teil und hat praktisch überhaupt keine Preisgrenzen. Bei diesen freien Mieten gilt die Vereinbarung im Mietvertrag - und in praktisch allen Verträgen ist der Mietzins mit dem Verbraucherpreisindex verknüpft. Die rasant steigenden Wohn- und Mietkosten sind ein Inflationstreiber. Die Inflation erhöht wiederum die Mietkosten – diese Spirale gilt es zu durchbrechen.

Der Wohnkostenzuschuss anstelle einer Mietenbremse verpufft – wie alle ExpertInnen auch kundtun - und landet auf den Konten der Immobilienbesitzer. Seit Beginn 2019 zahlen wir durchschnittlich fast zwei Monatsmieten mehr im Jahr.

Für die meisten Menschen sind Mieten der größte Brocken ihrer Ausgaben. Eine leistbare Wohnung zu finden ist zum Glücksspiel geworden. So kann es nicht weitergehen. Die Mieter:innen müssen dringend entlastet werden.

Das österreichische Mietrecht kennt mit dem Richtwert bereits einen Deckel. Dieser gilt aber für immer weniger Wohnungen am Markt. Alle Mieterinnen und Mieter verdienen einen Schutz gegen horrende Mietkosten. Ein Mietendeckel für ganz Österreich ist unserer Meinung nach notwendig.

Es ist zu hoffen, dass die nächste Regierung das Problem der explodierenden Wohnkosten lösen will. Bis eine große, längst überfällige Mietrechtsreform kommt, sollen weitere Mieterhöhungen gesetzlich verhindert werden.



Die unterzeichneten Bezirksrät*innen von LINKS-KPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 der GO für Bezirksvertretungen in der Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023 nachstehenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für strategische Preiskontrollen bei Grundnahrungsmitteln und Energie aus.

Begründung

70 % der Teuerungen sind durch nichts anderes zu erklären als durch die Gewinnsteigerungen durch die Konzerne. Eine Preiskommission soll Teuerungen bei Lebensmitteln und Energie kontrollieren und bei rein profitorientierten Erhöhungen eingreifen.

Wenn es bei Gütern des täglichen Bedarfs oder bei notwendigen Dienstleistungen zu einer Störung der Versorgung kommt, können „volkswirtschaftlich gerechtfertigte Preise bestimmt werden“. Das ist in Österreich geltendes Recht. Zum Einsatz gekommen ist diese Regelung etwa bei FFP2-Masken. Ohne amtliche Regulierung wäre deren Preis weit höher gelegen als bei den 59 Cent, um die sie schließlich erhältlich waren.

Die extreme Teuerung bei Strom- und Heizkosten, bei Lebensmitteln, bei Mieten und anderen Grundbedürfnissen macht eine Regulierung notwendig. Die Bundesregierung macht sich von den Kräften des sogenannten „freien Marktes“ abhängig.

Ps.: Bis in die 1980er-Jahre waren in Österreich sogar einige Grundnahrungsmittel preisreguliert. Heute wirkt eine solche Maßnahme ungewohnt, weil danach sämtliche österreichischen Regierungen auf die vermeintlichen Wunderkräfte des Marktes gesetzt haben.

Wir meinen: Die Versorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs zu leistbaren Preisen muss gesichert sein. Gesetzliche Obergrenzen bei Preisen sind dafür ein taugliches Instrument.

DIE GRÜNEN GRÜNE ALTERNATIVE RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS



Wien, am 15.06.2023

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **22.06.2023** nachstehenden Resolutionsantrag:

Rudolfsheim-Fünfhaus als Wohnzone

Wir, die Bezirksvorstehung von Rudolfsheim-Fünfhaus, befürworten die Ausweisung der zusammenhängenden Wohngebiete des 15. Wiener Gemeindebezirks als Wohnzone gemäß §7a der Bauordnung.

Begründung

Durch die Nähe zum Schloss Schönbrunn, die gute Verkehrsanbindung und die Dynamik am Wohnungsmarkt der letzten Jahrzehnte, sind weite Teile von Rudolfsheim-Fünfhaus von Wohnraub gefährdet. Wohnungs- und Gebäudeeigentümer:innen könnten sich zunehmend versucht sehen, Wohnraum zur lukrativen touristischen Beherbergung (z. B. über AirBnB) zu nutzen.

Dieses Problem wurde durch den aktuellen Fall einer Mieter:innengemeinschaft in der Reichsapfelgasse sehr deutlich. Wohnraub kann durch die Ausweisung des Bezirks als Wohnzone effektiv eingeschränkt werden.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Wien, am 15.06.2023

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **22.06.2023** nachstehenden Resolutionsantrag:

Alternativlos: Hauptradroute Mariahilfer Straße

Wir, die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus, bekennen und verpflichten uns zum Ausbau und zur Priorisierung der äußeren Mariahilfer Straße als Hauptradroute. Eine Radwegführung in den Seitengassen ist dazu keine Alternative, sondern kann nur als Ergänzung zur Förderung des Radverkehrs gesehen werden.

Begründung

Nachdem von der Leitung der Quartierswerkstatt zur Entwicklung des Stadtteilentwicklungskonzepts eine andere Radverkehrslösung als der von den Teilnehmer:innen gewünschte Radwegausbau der Mariahilfer Straße vorgeschlagen wurde, sehen wir uns als Bezirkspolitiker:innen veranlasst, klar für die Bedeutung der Mariahilfer Straße im Radverkehr Position zu beziehen.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Resolution

Zur Bezirksvertretungssitzung am 22. Juni 2023

Betrifft: Solidarität mit den Freizeitpädagog*innen - Für den Erhalt der verschränkten Gratis-Ganztagsschule

Die Bundesregierung plant einen Eingriff in das Schulsystem, der in der Praxis das Ende der Wiener Gratis-Ganztagsschulen in heutiger Form bedeuten würde - und damit einen massiven Rückschlag für die Chancengerechtigkeit unserer Kinder.

Die Einführung einer neuen Personengruppe „Assistenzpädagog:innen“ soll beginnend mit dem Schuljahr 2024/25 in den ganztägig geführten Schulformen eingesetzt werden und die derzeitigen Freizeitpädagog:innen ersetzen. Aktuell arbeiten rund 2.200 Freizeitpädagog:innen im Rahmen der „Bildung im Mittelpunkt GmbH“ (Unternehmen der Stadt Wien), an 142 Schulstandorten für die Kinder in ganz Wien. Die Rahmenbedingungen für die ganze Berufsgruppe werden mit der Verabschiedung des Gesetzesentwurfes der Bundesregierung massiv verschlechtert, indem Kompetenzen und Gehälter der Pädagog:innen beschnitten werden.

Ebenso wird die Pädagogik für Schüler:innen durch die Betreuung in der Lernzeit massiv verschlechtert, da laut Vorhaben des Bundes der/die Klassenlehrer:in die Lernzeit nicht mehr leiten, sondern dies künftig den Assistenzpädagog:innen obliegt. Des Weiteren geht aus dem Entwurf hervor, dass Lehrer:innen nur mehr dann für den Betreuungsteil eingesetzt werden dürfen, wenn keine Assistenzpädagog:innen zur Verfügung stehen. Dies stellt einen untragbaren Rückschritt für die Chancengerechtigkeit in der Bildungspolitik dar, da viele Wiener Schüler:innen auf eine hochwertige Lernbetreuung durch Lehrkräfte angewiesen sind.

Weiters würde die Gesetzesnovelle eine deutliche Verschlechterung für Kinder mit Behinderung mit sich bringen, da derzeit keine zusätzlichen Stunden für die Sonderpädagogik vorgesehen sind.

Auch eine weitere Wiener Errungenschaft, nämlich jene der leistbaren Ferienbetreuung in den City Camps wird mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf torpediert. Assistenzpädagog:innen sollen hinkünftig nur noch für insgesamt drei Wochen für die Ferienbetreuung eingesetzt werden, wobei zwei Wochen davon bereits für die Sommerschulen des Bundes vorgesehen sind. Eltern, vor allem Frauen würden wieder vor die Wahl gestellt werden zwischen Familie und Beruf, wenn eine private Ferienbetreuung nicht leistbar ist. Ganz grundsätzlich, aber insbesondere in Zeiten einer massiven Teuerung ist dieser Angriff auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für finanziell aufs Schärfste zurückzuweisen.

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich daher gegen den von der Bundesregierung geplanten bildungspolitischen Rückschritt aus und fordert die Bundesregierung auf das etablierte Wiener Modell der Ganztagschulen in verschränkter Form sowie der Ferienbetreuung nicht weiter zu torpedieren.

Antrag

Verkehrsberuhigung Schwendermarkt

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der geplanten Verkehrsberuhigung der Schwendergasse vor dem Schwendermarkt in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 21. September 2023 gem. §24 GO-BV folgenden Antrag:

Die Bezirksvorsteher von Rudolfsheim-Fünfhaus wird ersucht von einer weiteren Verkehrsberuhigung in der Schwendergasse vor dem Schwendermarkt abzusehen und die Durchfahrt eben dort weiter aufrecht zu erhalten.

Begründung:

Wir sehen das Umfeld Schwendergasse, Dadlergasse, Grimm-gasse und Braunhischengasse schon durch Einbahnregelungen und 30 km/h Zonen ausreichend verkehrsberuhigt. Daher ersuchen wir den Bezirksvorsteher diese Idee nicht weiter zu betreiben. Auch gibt es von Anrainer sehr viele Unterschriften, die eine weitere Durchfahrt in diesem Bereich weiter wünschen.

BR Peter K. Estfeller
Klubobmann

An die
Bezirksvorstellung
Rudofsheim-Fünfhaus
Gasgasse 8-10
1150 Wien

Betrifft: Antrag 3 der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 21.09.2023 bezüglich
Baum vorm Haus Rauchfangkehrergasse 22

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

A N T R A G

Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, den vor dem Haus Rauchfangkehrergasse 22 gepflanzten Baum zu retten oder falls das nicht mehr möglich sein sollte, einen neuen zu pflanzen und besser zu versorgen.

B E G R Ü N D U N G

Auf Initiative der Freiheitlichen wurde vor dem Haus Rauchfangkehrergasse 22 ein Baum gepflanzt. Anrainerinnen und Anrainer machten nun darauf aufmerksam, dass diesem eine gelinde gesagt stiefmütterliche Behandlung zuteil wird.

Während andere Bäume in unmittelbarer Nähe regelmäßig reichlich gegossen werden, dörrt dieser Jungbaum vernachlässigt vor sich hin. Die Beschaffenheit des Laubes lässt nichts Gutes vermuten.

Mag. Martin Hobek
Klubobmann

Ing. Manfred R. Dvořák
Klubobmann-Stv.

Hannes Koger
Bezirksrat

Anlagen:





Der unterzeichnende Bezirksrät, Didi Zach, stellt gemäß § 24 der GO der Bezirksvertretungen Wien für die Sitzung am 21. September 2023 folgenden

Resolutionsantrag

Solidarität mit Klimaaktivist:innen

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus erklärt sich solidarisch mit allen gewaltlosen Protestformen von Klimaaktivist*innen.

Begründung

Die vom Menschen verursachte Klimakrise und ihre Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Tier sind real und dramatisch. Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt werden weltweit massiv beeinträchtigt sowie unsere Lebensgrundlagen zunehmend gefährdet. Es bedarf umfassender politischer Anstrengungen auf allen Ebenen, um das zentrale Ziel - die Begrenzung der globalen Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius (=Pariser Klimaabkommen) - zu erreichen und die Auswirkungen der Klimakrise einzudämmen.

Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft kämpften seit Jahrzehnten für politische Schritte – bisher bedauerlicherweise mit mäßigem Erfolg.

Mit gewaltlosen Protestformen sorgen Klimaaktivist:innen seit geraumer Zeit für die notwendige mediale und politische Aufmerksamkeit für das Thema.

Wir sind davon überzeugt, dass Staat und Gesellschaft diese Akteur:innen nicht kriminalisieren und durch Bestrafung mundtot machen dürfen. Vielmehr sollten sich alle politischen Kräfte geeint zeigen in einem gemeinsamen Kampf zur Eindämmung des menschengemachten Klimawandels und sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, die dasselbe Ziel verfolgen, solidarisieren.



Wien, am 08.11.2023

Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 16.11.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag **Bezirkshomepage in leichter Sprache**

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien (Presse- und Informationsdienst (MA 53, verantwortlich für den Inhalt der Homepage) und Wien Digital (MA 01), technische Verantwortung), werden ersucht, die Bezirkshomepage auch in leichter Sprache anzubieten.

Begründung

BezirksbewohnerInnen haben sich mit diesem Anliegen an die Bierpartei gewandt. Leichte Sprache ist für Menschen mit Behinderung, Menschen mit Lernschwächen, aber auch für Kinder und ältere Menschen sehr wichtig. So können sie sich informieren, welche Angebote es gibt. Des Weiteren bekommen sie die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen über den Bezirk auszutauschen. Leichte Sprache ist eine vereinfachte Form der Alltagssprache, die klar genormt ist.

Beispiele für Regeln der leichten Sprache sind:

- keine Nutzung von Fremdwörtern
- keine Nutzung von Abkürzungen
- kurze Sätze mit einfachem Satzbau
- übersichtliche Struktur durch Absätze und Zwischenüberschriften
- einfache, große Schrift

Damit werden wichtige Informationen des Bezirkes für ein breiteres Publikum zur Verfügung gestellt, Menschen besser in den Bezirk eingebunden und Barrieren werden abgebaut.

Maximilian Hammel

Antrag

Offenlegung der Rohdaten der Bürgerbefragung zur Äußeren Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Bürgerbefragung zur Äußeren Mariahilfer Straße zur Bezirksvertretungssitzung am 16. November 2023 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden gebeten, die anonymisierten Rohdaten der Bürgerbefragung zur Äußeren Mariahilfer Straße allen Bezirksrätinnen und Bezirksräten zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Als Volkspartei Rudolfsheim-Fünfhaus finden wir eine Bürgerbefragung den richtigen Weg, um große Veränderungen im Bezirk zu gestalten. Als politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger wollen wir die Stimme der Menschen im Bezirk hören und ihre Anliegen vertreten. Da an der Bürgerbefragung aber Menschen von überall teilnehmen konnten und sogar im Rahmen der Befragung angeben konnten, dass sie mit der Äußeren Mariahilfer Straße nichts zu tun haben (kein Wohnsitz oder Arbeitsort in der Umgebung), wollen wir die Ergebnisse gerne selbst im Detail sichten. Zusätzlich gab es auch ein Anmerkungsfeld bei der Befragung das individuell befüllt werden konnte, das bei einer quantitativen Ergebnisbetrachtung nicht ausreichend gewürdigt werden kann.

BR Felix Ofner

BR Peter Estfeller
Klubobmann

Wien, am 09.11.2023

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **16.11.2023** nachstehenden Antrag:

Streusalzeinsatz im Winterdienst

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien im Winterdienst den Streusalzverbrauch auf das absolut notwendige Mindestmaß zu beschränken. Außerdem sollen Maßnahmen geprüft werden, wie die privaten Winterdienstleister zu einem maßvolleren und nachhaltigeren Gebrauch von Auftaumitteln bewegt werden können.

Begründung

Um den im Bezirk spärlich vorhandenen Grünraum bestmöglich zu schützen muss der Streusalzverbrauch auf das Notwendigste und somit auf ein Mindestmaß beschränkt bleiben. In Wien ist seit 2003 das Streuen von natrium- oder halogenidhaltigen Auftaumitteln auf öffentlichen Gehsteigen im Abstand von zehn Metern zu Wiesen oder Baumscheiben mit einigen Ausnahmen verboten. Leider kommt es beim Winterdienst immer wieder zu zahlreichen Verstößen gegen die bestehenden gesetzlichen Regelungen. Gerade die privaten Winterdienstleister halten sich hierbei oft nicht an die Verordnungen.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Wien, am 07.12.2023

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **14.12.2023** nachstehenden Resolutionsantrag:

2024 – Jahr des Baums

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim spricht sich für eine neue Richtung in der Baumpolitik des Bezirks und der Stadt aus.

Wir sehen

- Mehr Transparenz bei der Umsetzung des Baumschutzgesetzes
- Raschere, zukunftsfähige und ausreichende Nachpflanzungen
- Konsequente Pflege des Altbaumbestandes
- Flächendeckende Bewässerung
- Schutz vor Streusalz

als wichtige Faktoren für einen zukunftsfähigen Baumbestand.

Begründung

Bäume sind die Zukunft des Klimas im Bezirk. In den letzten Jahrzehnten, aber auch im letzten Jahr, haben wir kostbaren Baumbestand verloren. Es ist Zeit, dass alle Entscheidungsträger:innen die Funktion der Bäume für unser Stadtklima anerkennen und alles Mögliche getan wird, um für die Zukunft einen großen, funktionellen und gesunden Baumbestand zu sichern.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Wien, am 07.12.2023

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **14.12.2023** nachstehenden Resolutionsantrag:

Wahrung von Demokratie und Transparenz in der Bezirksvertretung

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für die Wahrung und Pflege demokratischer Gremien und Institutionen aus. Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich dafür aus, dass Entscheidungen transparent und Diskussionsprozesse nachvollziehbar sind.

Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass die vom Gesetzgeber eingerichteten Gremien im vollen Umfang einbezogen werden. Die Bezirksvertretung spricht sich dafür aus, dass entscheidungsrelevante Informationen in vollem Umfang und zeitgerecht zur Diskussion und Meinungsbildung mit allen politisch legitimierten Vertreter:innen geteilt werden.

Begründung

Einige Vorkommnisse in letzter Zeit in der Bezirksvertretung lassen vermuten, dass politische Mitbewerber:innen nicht in die Problemlösungs- und Entscheidungsfindung des Bezirks mit einbezogen werden sollen. Parteipolitischer Eigensinn und fehlende Wertschätzung führt nicht nur zu Fehlentscheidungen, sondern schwächt auch die Demokratie als gesellschaftlichen Wert. Der Schaden geht also weit über einen finanziellen Verlust hinaus.

Catherina Schneider

Katharina Schöll

Wien, am 04.12.2023

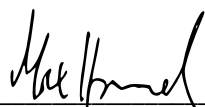
Das unterfertigende Mitglied der Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus stellt zur Sitzung der Bezirksvertretung am 14.12.2023 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Resolutionsantrag
Sicherer Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen

Die Bezirksvertretung Rudofsheim-Fünfhaus spricht sich dafür aus, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu schützen. Nicht nur die Sicherheit und die Privatsphäre von Patientinnen muss gewährleistet sein, sondern auch die Sicherheit von Einrichtungen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen sowie das darin arbeitende Personal.

Begründung

Menschen in und aus Rudofsheim-Fünfhaus müssen sich darauf verlassen können, dass sie ungestörten und sicheren Zugang zu Einrichtungen und Praxen haben, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen.



Maximilian Hammel